

Rede von Stadträtin Hilde Stolz (Bunte Linke) zur Einbringung der Änderungsanträge am

22.11.2018 für den Haushaltsplan 2019/2020

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Herren Bürgermeister,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren im Publikum.

Schön, dass ich hier wieder das Wort ergreifen darf, um für die Bunte Linke eine Bewertung des Haushaltsentwurfs vorzulegen und unsere Änderungsanträge zu begründen. Wie immer orientieren wir uns dabei an unseren Grundsätzen, ablesbar aus dem Namen unserer Wählervereinigung: Bunte Linke - Bündnis für Demokratie, Solidarität, Umwelt und Frieden.

**[Globale Nachhaltigkeitsziele – Agenda 2030]**

2016 haben wir uns im Gemeinderat einstimmig dazu bekannt, die Globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen umzusetzen.

Diese 17 Globale Nachhaltigkeitsziele sind in der Agenda 2030 von den Vereinten Nationen beschlossen und vom Bundestag bestätigt worden. Und man könnte sagen die Bunte Linke trägt sie schon im Namen. Als Stadt Heidelberg können wir jetzt sofort diese SDGs bearbeiten, mit diesem Haushaltbeschluss anfangen.

Der Fragestellung des Ziels Nr. 1 – Keine Armut - widmen wir gleich eine Reihe unserer Anträge. Konkret wird Armut vor allem beim Wohnen. Deshalb beantragen wir, dass Wohnprojekte von der Stadt gezielt gefördert werden. Und zwar diejenigen, die dafür sorgen, dass dauerhaft und sicher ihre Wohnungen der Immobilienspekulation entzogen sind und ihre Mieten auf Dauer günstig bleiben. Die also ihre Struktur nach dem Miethäusersyndikatmodell gestalten.

Und für die GGH schlagen wir vor, dass diese in Zukunft möglichst viele Wohnungen übernimmt, die aus der Preisbindung herausfallen. Sie soll für diese dann dauerhaft nur eine reine Kostenmiete erheben, die genau diesen Gebäuden entspricht, nicht verrechnet mit den vielen Neubauten der letzten Jahre und ihren sonstigen Aktivitäten. Damit das nachvollziehbar möglich ist, müssen die Tätigkeitsfelder der GGH noch besser gegeneinander abgegrenzt werden.

Die SDGs Nr. 3 – gesundes Leben -, Nr. 11 – Nachhaltige Städte und Gemeinden – und Nr. 13 – Maßnahmen zum Klimaschutz – verbinden wir über unseren Antrag „Schutz von Kaltluftentstehungszonen und Durchlüftungsbahnen“. Die Gründe dafür, dass das nötig ist, sind im Klimagutachten überzeugend dargelegt.

SDG Nr. 4 – Bildung und lebenslanges Lernen für alle – sowie die Teilhabechancen für alle stehen hinter unseren Anträgen zur besseren Finanzierung der Volkshochschule, für die Senkung der Gebühr für das Frauennachttaxi und für die Vergünstigung des Sozialtickets.

Ziel Nr. 5 – Geschlechtergleichstellung erreichen und Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen – möchten wir über ein Frauenbegegnungs- und -beratungshaus erreichen. Hierzu möchten wir im nächsten Jahr ein Konzept erstellt sehen, damit wir dann vielleicht sogar schon 2020 mit der Umsetzung beginnen können.

Dies sind nur einige Bezüge zwischen unseren Anträgen und den international in der Agenda 2030 festgelegten Globalen Nachhaltigkeitszielen.

Ein Blick nach Mannheim eröffnet noch mehr Möglichkeiten. Dort werden seit Anfang 2017 gemeinsam mit den Bürgern die 17 SDGs mit den bisher schon formulierten strategischen Zielen der Stadt Mannheim zusammengeführt.

Hier können wir vieles einfach übernehmen und schnell an unsere Verhältnisse und unseren Stadtentwicklungsplan anpassen.

Ganz wichtig im Hinblick auf eine nachhaltige Stadtentwicklung entsprechend der SDGs ist eine vorsichtige Finanzwirtschaft. Herr Heiß, Herr Professor Würzner, Sie haben uns zwar für die nächsten beiden Jahre einen Haushalt vorgelegt, der mit relativ geringer Verschuldung auskommt. Doch die mittelfristige Finanzplanung, die ja auch im Haushaltsbeschluss festgelegt wird, zeigt in eine ganz andere Richtung. Sie möchten, dass wir für die Folgejahre eine durchschnittliche Verschuldung von fast 30 Mill€ akzeptieren, mit steigender Tendenz und dieses Problem ist hausgemacht.

### **[Großprojekte belasten den Haushalt auf Dauer in Millionenhöhe]**

Jetzt bauen wir die Großprojekte deren Betrieb uns dann in einigen Jahren Millionendefiziten jedes Jahr und auf Dauer beschert. Und in den Haushalten der städtischen Gesellschaften werden dann die Schulden der Investition versteckt.

Zum Beispiel das Kongresszentrum: Man rechnet uns vor, dass jeder Konferenzteilnehmer Geld in die Stadt bringe. So viel, dass der Aufwand für den Bau und Betrieb des Kongresszentrums gerechtfertigt sei. Doch dieses Geld landet nicht im Stadtsäckel und kommt auch über Steuern nur zu einem kleinen Bruchteil wieder in unsere Kasse. Das gilt genauso bei den anderen Zusammenhängen, die Kollege Breer ausgeführt hat.

Dazu kommt: Wir können zwar in der aktuellen Niedrigzinsphase günstig Kredite aufnehmen und zwar so, dass tatsächlich durch die Inflation der Anstieg der Neuverschuldung real nahezu ausgeglichen wird. Doch die Niedrigzinsphase führt auch dazu - weil jeder baut - dass die Baukosten immer weiter steigen, häufig im zweistelligen Prozentbereich zwischen Projektierung und Ausführung. Die Frage muss erlaubt sein: Was ist günstiger: jetzt die niedrigen Zinsen nutzen oder ein Abflauen der Konjunktur abwarten und dann von deutlich konsolidierten Baupreisen profitieren. Die Kostensteigerung frisst aktuell den Vorteil der niedrigen Zinsen mehr als auf.

Es ist sinnvoll, diejenigen Projekte, die nicht sofort notwendig gebraucht werden und deren Betriebskosten dauerhaft nicht durch Einnahmen gedeckt sind, zurück zu stellen. Die Konjunktur wird wieder abflauen und die Baupreise werden dann fallen. Bauen wir die nicht notwendigen aber gewünschten Großprojekte dann, wird als Nebeneffekt das Überleben der Bauunternehmen der Region in der Flaute durch Aufträge der Stadt gesichert. Antizyklisch handeln als öffentliche Hand – eine alte Lehrformel. Und in der Zwischenzeit können wir vielleicht sogar Schulden abbauen statt aufzutürmen.

### **[Armut in der Stadt]**

Der neue Bericht zur Sozialen Lage belegt, dass die soziale Schere auch hier vor Ort weiter aufgeht. Frau Mirow hat ebenfalls darauf hingewiesen und einiges ausgeführt.

Hier als Ergänzung: Im Jahr 2013 teilten sich 90% der Menschen 50% des Einkommens und die Hälfte teilte sich sogar weniger als 10%. Die zugehörigen Familien verdienten weniger als 25.000 € im Jahr.

Wenn die finanzielle Lage des Großteils der Bevölkerung also eher bescheiden ist, muss den Themen „Miteinander und füreinander“, „Ehrenamtlich“ und „Konsumreduzierend“ ein höherer Stellenwert zugeschrieben werden. Dazu haben wir zum Glück viele Akteure in der Stadt, deren Arbeit wir durch einen unkompliziert zur Verfügung stehenden Not-  
hilfefonds deutlich vereinfachen können.

Wo und wie die Armutsfalle am heftigsten zuschlägt steht im Bericht zur Sozialen Lage schwarz auf weiß.

Wir haben aus der Armutswoche mitgenommen, dass 1.) ein allgemeiner Nothilfefonds sinnvoll ist und dass 2.) vor allem Wohnungen für spezielle Fälle benötigt werden. Beides möchten wir bereitstellen. Und beides möchten wir durch das Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung verwaltet sehen.

### **[Schnelle Wohnungsnothilfe und Solidarprinzip]**

Deshalb bitten wir darum, dass Sie einem Fond „Schnelle Wohnungsnothilfe“ zustimmen. Für diesen möchten wir ein neues Solidarprinzip in Heidelberg einführen, eine quasi automatisierte Verantwortung der Reichen für die Armen, denn der Fonds soll aus Spenden gespeist werden. Wie bekommen wir aber dauerhaft genügend Spenden und wie beteiligen wir möglichst viele?

Nun, wir haben lange überlegt: Wir setzen an bei der Zig-Millionenspende für den Umbau der Stadthalle. Gerade bei diesem Projekt der High-Society tut eine Umverteilung von oben nach unten besonders gut. Aber das Prinzip soll grundsätzlich immer gelten:

1. Von jeder Spende über 10.000 € im Jahr (je Spender) wird 1% dem Fonds „Schnelle Wohnungsnothilfe“ zur Verfügung gestellt, also 100 €. Das kann der Spender drauflegen oder die Stadt stellt einen entsprechenden Betrag in den Fonds ein.
2. Das Finanzamt wird gebeten, mit jedem Steuerbescheid bei Einkommen über 500.000 € um eine Spende von 0,1% des Einkommens für diesen Fonds zu werben. Wenn alle Heidelberger Einkommensmillionäre dieser Bitte nachkommen, ist der Fonds schon mit 856.000 € gut gefüllt. Das allein genügt schon zur Dauerfinanzierung von 140 Wohnungsnotfällen!
3. Alle Menschen, die vom Fonds profitiert haben und ihn nicht mehr brauchen, werden gebeten, auf 10 Jahre mindestens 0,1% Ihres Einkommens dafür zu spenden. Das führt langfristig zu sicheren Einnahmen für den Fonds.
4. Selbstverständlich soll man auch ohne Anlass oder Spenden für Luxusprojekte direkt in diesen Fonds oder den allgemeinen Nothilfefonds spenden dürfen.
5. ... der Kreativität sind keine Grenzen gesetzt!

Und ganz wichtig: Diese Spenden und ihre Verwendung werden öffentlichkeitswirksam dargestellt.

Was hat jetzt dieser Antrag bei den Haushaltsberatungen zu suchen? Nun, wir möchten, dass die Stadt ab sofort den Punkt 1.) umsetzt: Je 10.000 € Spende werden 100 € in den Fonds „Schnelle Wohnungshilfe“ eingezahlt. Wenn die Spender dazu nicht selbst bereit sind, aus dem städtischen Haushalt. Für den Umbau der Stadthalle bedeutet das: von den 28 Mill.€ Spende für den Umbau wandern 280.000 € in den Wohnungsnothilfefonds. Diese 280.000 € stehen dann für den Stadthallenumbau nicht zur Verfügung, bilden aber einen guten Grundstock für die Beseitigung akuter Wohnungsnotfälle.

Wir wissen, dass die meisten unserer Anträge wahrscheinlich keine Mehrheit finden, möchten sie aber eindringlich bitten, intensiv darüber nachzudenken.

Wir sind auch bereit, in den weiteren Beratungen die ein oder andere Veränderung zu akzeptieren, wenn dann der Grundgedanke von der Mehrheit getragen wird.

Danke für die Aufmerksamkeit, ich bin schon gespannt auf die weitere Beratung.

Mannheim: <https://www.mannheim-gemeinsam-gestalten.de/dialoge/leit-bildprozess-mannheim-2030#uip-1>

## DIE 17 GLOBALEN NACHHALTIGKEITZIELE



Was sind die 17 globalen Nachhaltigkeitsziele – Agenda 2030 und Sustainable Development Goals?

- Sie wurden durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen (UN) im September 2015 verabschiedet.
- Sie bilden ein universelles Zielsystem für eine nachhaltige Entwicklung bis 2030. Die 17 Hauptziele (SDG) sind gültig für alle Staaten der Welt und sollen auch in den Städten umgesetzt werden
- Sie führen die bislang getrennten Kategorien „Umwelt“ und „Entwicklung“ zusammen und sind für alle Politikbereiche (wirtschaftlich, sozial, ökologisch) bedeutend.
- Sie werden in Deutschland im Rahmen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung umgesetzt.

### Inhalt des letzten Workshops

1. Keine Armut + kein Hunger
2. Gesundheit und Wohlergehen + sauberes Wasser und Sanitärversorgung
3. Hochwertige Bildung
4. Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum
5. Geschlechter-Gleichstellung
6. Industrie, Innovation und Infrastruktur
7. Bezahlbare und saubere Energie + Maßnahmen zum Klimaschutz
8. Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster
9. Leben unter Wasser + Leben an Land
10. Weniger Ungleichheiten
11. Nachhaltige Städte und Gemeinden
12. Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen
13. Partnerschaften zur Erreichung der Ziele
14. Querschnittsthema Mobilität
15. Weitere Themen für ein Mannheim im Jahr 2030

Ergebnisse: [https://www.mannheim-gemeinsam-gestalten.de/sites/default/files/unit/files/2018-07-21\\_dokumentation\\_fuer\\_beteiligung-sportal\\_2\\_0.pdf](https://www.mannheim-gemeinsam-gestalten.de/sites/default/files/unit/files/2018-07-21_dokumentation_fuer_beteiligung-sportal_2_0.pdf)



Abbildung 1

# Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung



Quelle: UN General Assembly (2015), Übersetzung des deutschen Übersetzungsdienstes bei den Vereinten Nationen.

\* In Anerkennung dessen, dass das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen das zentrale internationale zwischenstaatliche Forum für Verhandlungen über die globale Antwort auf den Klimawandel ist.